

Weißer Fahne geholt

Die meisten Kultus- und Wissenschaftsminister sind gegen einen Numerus clausus für das Zukunftsfach Informatik. Trotzdem wird er diese Woche beschlossen werden. Warum?

Jedem Abiturienten stand es bislang frei, das Fach mit den besten Zukunftschancen, die Computerwissenschaft „Informatik“, zu studieren.

Vom nächsten Wintersemester an wird es höchstwahrscheinlich anders sein. Am Freitag dieser Woche wird der Verwaltungsausschuß, das höchste Gremium der Dortmunder Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS), den Numerus clausus (NC) über dieses Fach verhängen und die Situation total verändern.

Konnten im Wintersemester 1984/85 noch 4510 Abiturienten das Informatik-Studium beginnen, so werden es beim nächsten Termin im Wintersemester 1985/86 nur halb so viele sein, die anderen werden abgewiesen werden.

Und ganz gleich, wie sich die Nachfrage entwickelt, das Angebot soll nicht erhöht werden. Ausgewählt wird vorerst nach der Abiturnote und später auch nach der Wartezeit.

Acht Jahre lang hielten die Bundesländer den sogenannten Öffnungsbeschluß durch, den sie 1977 auf Initiative des damaligen Kanzlers Helmut Schmidt zusammen mit der Bonner Regierung gefaßt hatten: den Numerus clausus im wesentlichen auf die Medizin-Fächer zu beschränken und die Hochschulen im übrigen offenzuhalten.

Nun aber droht dreifache Gefahr: daß die nicht zum Studium zugelassenen Bewerber

- ▷ sich zur Warteschlange stauen und daß binnen weniger Jahre das Mißverhältnis zwischen Studienplätzen und -wünschen im Fach Informatik so groß wird wie in den traditionellen NC-Fächern; in der Humanmedizin stehen die Chancen auf einen Platz derzeit 1:5, in der Zahn- und in der Tiermedizin sogar nur 1:7,
- ▷ auf das Studium verzichten und die Konkurrenz um die knappen Lehrstellen verschärfen,
- ▷ in benachbarte Fächer, etwa Elektrotechnik, Maschinenbau und Betriebswirtschaft, ausweichen und sie überfüllen.

Der NC wird, wie Experten nun fürchten, wie ein Krebsgeschwür wuchern. Denn für Elektrotechnik und Maschinenbau gibt es an den meisten Hochschulen schon örtliche oder regionale Beschränkungen, und für Betriebswirtschaft wurden im letzten Wintersemester 9362 Bewerber zugelassen, obwohl es eigentlich nur 6726 Plätze gibt.

Für die „Überlast“ erhalten die Fachreiche Sondermittel.

Daß der Zugang zum Zukunftsfach Informatik gesperrt wird, macht nur ein Verfahrenstrick möglich. Wenn auch nur ein einziger Kultus- oder Wissenschaftsminister dagegen wäre, könnte eigentlich der Numerus clausus weder für dieses noch für irgendein anderes Fach eingeführt werden.

Seit die Konferenz der Kultusminister (KMK) vor vier Jahrzehnten gegründet worden ist, hat sie bis auf eine Ausnahme* nur einstimmige Beschlüsse gefaßt, und schon vor Jahren sind die Minister übereingekommen, über den NC stets höchstselbst und mithin einstimmig zu entscheiden.

Aber nicht etwa nur ein einzelner Außenseiter, sondern die meisten Mini-

Plenum, die Minister und Senatoren dieser drei Länder zur Mehrheit zurückzuholen. Schlimmer noch: In Stuttgart gaben zwei Politiker grundverschiedener Couleur, die sich dereinst als NC-Gegner profiliert hatten, ihren Widerstand auf, Bayerns Kultusminister Hans Maier (CSU) und Bremens Wissenschafts- und Schulsenator Horst-Werner Franke (SPD).

Sie liefen zwar nicht gleich zur Gegenseite über, aber hielten die weiße Fahne. Sie gaben zu verstehen, daß sich ihre beiden Länder am Freitag der Stimme enthalten werden.

Das letzte Gefecht gegen die Ausweitung des NC kämpften in Stuttgart andere Politiker, die sonst in vielen Grundfragen verschiedener Meinung sind: Nordrhein-Westfalens SPD-Kultusminister



Informatik-Studenten in Karlsruhe: Auf Schleichwegen ins Zukunftsfach

ster sind gegen den NC für Informatik. Die KMK überließ die Entscheidung dem ZVS-Verwaltungsausschuß, in dem ebenfalls die elf Länder – vertreten durch die Kultus-Staatssekretäre – Sitz und Stimme haben. Ein Antrag, den NC für ein Fach einzuführen, scheitert in diesem Gremium nur dann, wenn neun von elf Ländern dagegen sind, so verlangt es der in dieser Hinsicht kuriose ZVS-Staatsvertrag.

Die drei Bundesländer Baden-Württemberg, Berlin und Hamburg sind fest entschlossen, den Informatik-NC herbeizuführen.

Als Ende Februar die Konferenz der Kultusminister in Stuttgart tagte, gelang es weder in den Vorgesprächen noch im

Hans Schwier und Paul Harro Piazzolo, CDU-Staatssekretär im Bonner Bildungsministerium, die Staatssekretäre Vilmar Burghard aus dem rotgrünen Hessen und Konrad Mohr aus dem schwarzen Rheinland-Pfalz.

Aber auch sie bestanden nicht darauf, daß die KMK entscheiden müsse, sondern fanden sich damit ab, daß sich diese Woche im ZVS-Verwaltungsausschuß die Minderheit gegen die Mehrheit durchsetzt.

Insbesondere die beiden baden-württembergischen Minister versuchten, die bevorstehende Entscheidung zu rechtfertigen und herunterzuspielen: Es gehe doch nur um einige hundert Leute (so Helmut Engler, Wissenschaft), etwaigen Ärger in der Öffentlichkeit brauche man nicht zu fürchten (so Gerhard Mayer-Vorfelder, Kultus).

Doch sogar schon Schulkindern muß die Aussperrung absurd erscheinen. Je-

* Die einzige Ausnahme gab es im März 1983, als sich die Unions- und die SPD-Minister nicht über die „Friedenserziehung in den Schulen“ einigen konnten und verschiedene Konzepte beschlossen.

den Schüler an den Computer zu bringen ist das erklärte Ziel des Kultusministers Mayer-Vorfelder, aber viele Abiturienten will er fortan vom Computerstudium fernhalten.

Den Vorsprung der USA und Japans in der Informationstechnik aufzuholen, verlangen insbesondere Unionspolitiker unablässig. Lothar Späth will in Baden-Württemberg sogar ein deutsches Silicon Valley schaffen. Nun wird die Ausbildung von Fachleuten reduziert, die dort arbeiten können.

Während der Staat mit Milliarden die Computerwirtschaft fördert, setzt er unter anderem wegen Geldmangels die Zahl der Informatik-Studenten herab.

Während allenthalben (zu Recht oder zu Unrecht) von Lehrer-, Ärzte-, Juristen- und anderen Akademikerschwemmen die Rede ist, werden „Informatik-Studenten den Universitäten förmlich aus den Händen gerissen“ (so der Nürnberger Arbeitsmarkt- und Berufsforscher Werner Dostal), verheißt die offiziellen „Blätter zur Berufskunde“ den Informatikern „unbegrenzte Aufstiegschancen“.

Überdies wird die Zulassungssperre beschlossen, obwohl neuerdings die Nachfrage nach Informatik-Studienplätzen nicht mehr gestiegen ist, sondern stagniert. Nun wird sie sich wieder erhöhen, weil erfahrungsgemäß aus der Sicht der Abiturienten jedes Fach durch den NC an Wert gewinnt und noch begehrt wird.

Die Kultus- und Wissenschaftsminister haben sich als unfähig erwiesen, ein zwar schwieriges, aber keineswegs unlösbares Problem zu bewältigen.

Insbesondere der Mangel an Professoren und anderem Personal hat zu unerträglichen Engpässen in den Informatik-Fachbereichen geführt. Zuletzt wurden ihnen doppelt soviel Studenten zugeteilt, wie sie nach ihren Kapazitätsberechnungen ausbilden können. Diese „Überlast“ wurde auch durch erhebliche Sondermittel nicht erträglich.

Hätte man den heimlichen NC (das Hinausprüfen vor allem in den ersten Semestern) oder den amtlichen NC vermeiden wollen, so hätte man ein Konzept entwickeln müssen. Doch es blieb bei vielen Einzelideen, etwa Gastprofessoren aus dem Ausland, Dozenten auf Zeit oder im Nebenjob zu verpflichten. Auch wurden Sonderangebote erörtert, um die Wissenschaft gegenüber der Wirtschaft einigermaßen konkurrenzfähig zu machen.

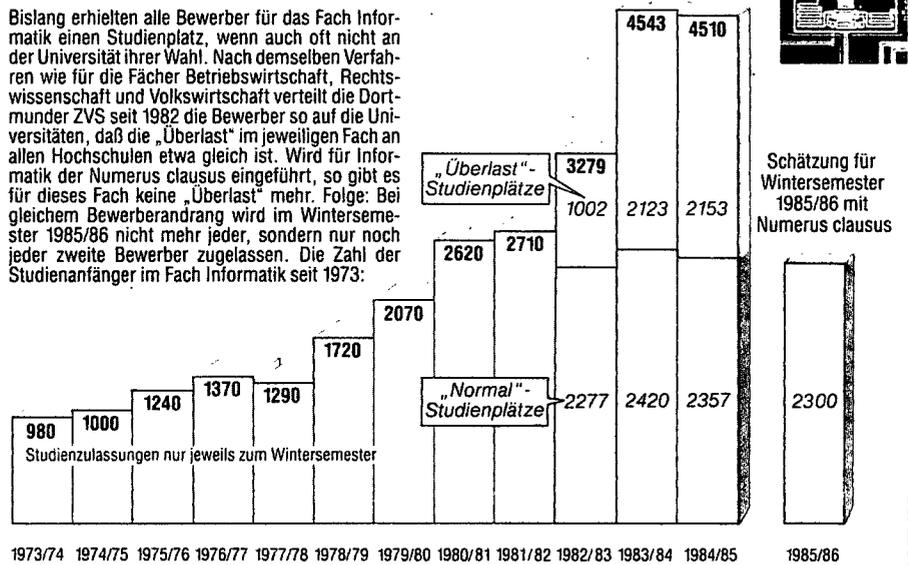
Aber realisiert wurden nur wenige Vorschläge, gebündelt zu einer Alternative gegen den NC hat sie niemand.

Und kein einziger Kultus- oder Wissenschaftsminister (geschweige denn die KMK insgesamt) hat zu einer Analyse auch nur angesetzt. Dabei verbergen sich zum Beispiel hinter der Gesamtzahl von 23 Prozent unbesetzten Personalstellen in den Informatik-Fachbereichen erheb-

INFORMATIK

Jeder Zweite wird ausgesperrt

Bislang erhielten alle Bewerber für das Fach Informatik einen Studienplatz, wenn auch oft nicht an der Universität ihrer Wahl. Nach demselben Verfahren wie für die Fächer Betriebswirtschaft, Rechtswissenschaft und Volkswirtschaft verteilt die Dortmunder ZVS seit 1982 die Bewerber so auf die Universitäten, daß die „Überlast“ im jeweiligen Fach an allen Hochschulen etwa gleich ist. Wird für Informatik der Numerus clausus eingeführt, so gibt es für dieses Fach keine „Überlast“ mehr. Folge: Bei gleichem Bewerberandrang wird im Wintersemester 1985/86 nicht mehr jeder, sondern nur noch jeder zweite Bewerber zugelassen. Die Zahl der Studienanfänger im Fach Informatik seit 1973:



liche Unterschiede, die auf skandalöses Fehlverhalten schließen lassen.

An den Universitäten Stuttgart und Kiel, an der Technischen Universität Berlin und an der Technischen Hochschule Darmstadt war nach einem internen ZVS-Rundschreiben im Wintersemester 1984/85 nur jeweils eine einzige Stelle nicht besetzt. Hingegen waren an der TH Aachen sowie an den Universitäten Bonn und Kaiserslautern je 13, an der Universität Dortmund sogar 34 von 65 Lehr-Stellen leer.

Etliche Informatik-Professoren sehen in der Abschottung gegen den Bewerberstrom eine „Möglichkeit zum Atemholen und zur Selbstbesinnung“, so der Karlsruher Dekan Peter Deussen.

Mehr Luft wird es geben, aber noch sicherer ist, daß es weniger Geld geben wird. Für ein Fach, dessen Lehrkörper sich von der „Überlast“ befreit, werden zwangsläufig viele Ströme versiegen müssen, soll es an den Universitäten noch halbwegs gerecht zugehen.

„No future“ hat nunmehr die Lieblingsidee etlicher Informatik-Professoren, mancherorts Elitestudenten auszubilden; denn der Numerus clausus macht alle gleich.

Und auch eine andere Folge haben die NC-Verfechter unter den Informatik-Professoren wohl kaum bedacht: Viele Bewerber, die sie nun an der Vordertür abweisen, müssen sie durch eine Nebentür doch hereinlassen.

Konkret: Der NC gilt nur für das erste, nicht für höhere Semester, auch ein abgelehnter Abiturient kann Diplom-Informatiker werden. Beispiel: Er trägt sich als Student der Theologie ein, kümmert sich den Teufel um den lieben Gott und belegt statt dessen all das, was

die Informatik bietet. Weist er dies nach zwei oder drei Semestern nach, kann er in sein Wunschfach überwechseln.

Abiturienten ist dieser Schleichweg noch fast unbekannt, Bildungspolitikern ist er als „Quereinstieg“ längst ein fester Begriff.

AUSLÄNDER

Fremde Gewalt

Ein Heroinschmuggler aus der Türkei soll in seine Heimat abgeschoben werden, obwohl ihm dort die Todesstrafe droht.

Der Fall lag klar, die Abwicklung war Routine: Weil er in der Bundesrepublik straffällig geworden war, sollte der Türke Ali Tekia*, 30, in sein Heimatland abgeschoben werden.

Erst war Tekia, 1969 als Familiennachzügler eingereist, wegen des unerlaubten Besitzes einer Pistole und einer „Nunchaku“, einer asiatischen Schlagwaffe, 1980 zu fünf Monaten Haft verurteilt worden. Dann, 1983, verhängte das Landgericht Osnabrück noch einmal sieben Jahre Freiheitsentzug: Tekia hatte, gemeinsam mit einem Komplizen, insgesamt 1500 Gramm Heroin ins Land geschmuggelt – Prototyp jener Fälle, die Christdemokraten in Plädoyers für eine Verschärfung des Ausländerrechts anführen und die Neonazis in ihrem Imperativ „Ausländer raus“ bestärken.

Daß Tekia gegen die drohende Abschiebung die Gerichte anrief, ist gleichfalls Standard in der Praxis west-

* Name von der Redaktion geändert.